



CDU

Gemeinderatsfraktion
Heidelberg

November 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,



der einheitliche Regionalplan soll im kommenden Jahr von der Verbandsversammlung der Metropolregion Rhein Neckar in einer neuen Variante verabschiedet werden. Anlass für die linke Mehrheit im Stadtrat hierin wieder einmal die Chance für zwei rückwärtsgewandte Vorstöße, die unsere Stadt in ihrer Rolle als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort gehörig schwächen können, zu sehen.

Ebenso beschäftigt uns das Thema Konversion: Die amerikanischen Streitkräfte und die Nato ziehen früher als erwartet aus Heidelberg ab. Die Zeit drängt. Deshalb ist es nun umso wichtiger, sich Gedanken über die nun verbleibenden Flächen zu machen. Nun gilt es zu klären, wie diese Flächen sinnvoll, nachhaltig und nutzbringend für die Bevölkerung und die Stadt Heidelberg genutzt werden können.

Diese und weitere interessante Themen finden Sie in unserem neuen Newsletter, der Ihnen nun hier vorliegt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

- Fraktionsvorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion -

» **Inhaltsverzeichnis**

Linke Mehrheit im Gemeinderat will Neckarufertunnel ohne Bürgerbeteiligung endgültig begraben	Seite 2
Konversionsflächen – die Chance für Heidelberg	Seite 2
Linke Mehrheit sucht Heidelbergs Entwicklungschancen zu verbauen	Seite 3
Schülerfriedensbüro	Seite 4
CDU Fraktion befürwortet Sanierung der Erlenweghalle	Seite 4
Gemeinderat beschließt Abschaffung der Jagdsteuer	Seite 5
Impressum	Seite 6

Linke Mehrheit im Gemeinderat will Neckarufertunnel ohne Bürgerbeteiligung endgültig begraben

Höchst verärgert nimmt die CDU Gemeinderatsfraktion den Beschluss der linken Mehrheit im Gemeinderat zur Kenntnis. Diese hatte in der Sitzung am 25. Oktober ohne Begründung die Streichung des Tunnels aus dem Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar beschlossen.

Der Antrag hierzu wurde von den Grünen und Generation HD gestellt und dann mit 20:18 Stimmen mit Unterstützung von SPD und Bunten Linken beschlossen. Diese stellen sich damit nicht nur gegen eine Attraktivitätssteigerung unserer Stadt und gegen Verbesserungen für alle Verkehrsteilnehmer, sondern sie widersprechen auch ihren eigenen Beschlüssen, denn immerhin hatte der Gemeinderat im Mai 2011 einstimmig beschlossen, Planungen für ein Mobilitätsnetz in Heidelberg durchzuführen, zu denen als Variante auch der Neckarufertunnel gehörte.

Wir weisen diesbezüglich erneut auf den gemeinsamen Antrag aller bürgerlichen Parteien hin, der das Ziel hatte, alle möglichen Varianten zur verkehrlichen Erschließung der Altstadt in einer Bürgerbeteiligung zu diskutieren und dann in der Bürgerschaft abstimmen zu lassen. Auch dieser Beschluss wurde bekanntlich von den linken Parteien abgelehnt.

Wir stellen fest, dass die linke Mehrheit kein allzu großes Demokratieverständnis aufbringt, wenn es gegen ihre eigenen Ideologien geht, denn sie vereitelt mit diesem Votum bewusst einen Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger an dieser Maßnahme.

Konversionsflächen – die Chance für Heidelberg

für die Entwicklung der Konversionsflächen wurden in der ersten Phase des Planungsprozesses Leitlinien und Ziele formuliert. In der zweiten Phase

geht es nun darum, standortbezogene Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Die Nato und die amerikanischen Streitkräfte haben schon mehrfach angekündigt, dass sie die Konversionsflächen bereits im Jahre 2013 übergeben. Die letzte Fläche soll die Patrick Henry Village im Jahre 2015 oder sogar früher sein. Das Hauptquartier, die Campbell Barracks

und Mark-Twain-Village mit 43,4 ha in der Südstadt sowie das Hospital mit 9,3 ha in Rohrbach/Hasenleiser bieten große Entwicklungschancen für unsere Stadt.

Die Amerikaner gehen früher als ursprünglich erwartet, die Zeit läuft. Wichtig sind daher alsbaldige, konkrete Planungen und Umsetzungen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen bezahlbar und wirtschaftlich vertretbar sein. Keine leichte Aufgabe, denn Wünsche gibt es viele, aber sie müssen auch realisierbar sein.

Wir müssen unter anderem klären: Wie kann man die Flächen sinnvoll für die Bevölkerung nutzen? Können neue Impulse gesetzt werden? Wie können wir die Flächen gestalten, um die Wohnqualität aufzuwerten?

Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, dass man auch im Süden Heidelbergs, in der Südstadt sowie speziell in Rohrbach und dem Hasenleiser, über eine außergewöhnlich gute Wohnqualität verfügt.

Eine optimale Infrastruktur (u.a. auch Schulanbindung, Kindergärten, Kindertagesstätten, ÖPNV) ist die Grundlage eines guten Wohngefühls.

Ergänzt wird dies durch kurze Wege, beispielsweise zu Einkaufszentren, Bäckereien, Metzgereien oder zur qualifizierten Ärzteschaft.

Der Süden hat viel Grün, eine gute Gastronomie und viele aktive Vereine zu bieten.

Gerade für junge Familien gibt es sehr gute Chancen auf bezahlbares Wohnen.

Festzuhalten ist aber auch, dass bei dem Konversionsprozess die Stadt Heidelberg federführend ist.

OB Dr. Würzner hat sich eigens zu diesem Zweck in einem Gespräch mit einem Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft ausführlich informieren können – auch über die Richtlinien der EFRE-Förderung.

Wir erachten es daher also als recht unsinnig, dass die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nun eine pressewirksame Reise für den halben Gemeinderat zum Europa-Parlament nach Straßburg veranstalten will. Man muss sich nicht noch einmal über Dinge informieren, die bereits hier in Heidelberg besprochen worden sind.

Linke Mehrheit sucht Heidelbergs Entwicklungschancen zu verbauen.

Unverständliche Anträge zum Einheitlichen Regionalplan.

Im nächsten Jahr wird die Verbandsversammlung der Metropolregion Rhein-Neckar den ersten einheitlichen Regionalplan für die Region verabschieden. Darin wird zum ersten Mal eine regionale Leitplanung über drei Bundesländer festgelegt, die die bislang für Heidelberg gültige Flächennutzungsplanung der Region Unterer Neckar ablösen wird. Der von der Verbandsdirektion vorgelegte Entwurf sieht die Fortschreibung der bisherigen Planung vor und beinhaltet somit die Beibehaltung der Flächenanmeldungen und Entwicklungschancen der Stadt Heidelberg. Mehr noch, den Oberzentren in der Region - Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg - wird, entsprechend der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Dynamik der großen Städte eine besondere Rolle zur Stärkung der jeweiligen Oberzentrenkompetenzen zugebilligt.

Daher kann man nur Unverständnis zu den bislang

von Linken, B90 Grünen und SPD vorgelegten Anträgen äußern.

Darin fordern diese, neben einem öko-fundamentalistischem Sammelsurium an Änderungen die die Bunte Linke beantragt, unter anderem die Herausnahme einer möglichen Tunnelplanung an der B37 (Neckarufertunnel). Letzteres ein weiterer Versuch, ohne Bürgerbeteiligung oder angemessener Diskussion auf kaltem Wege den Neckarufertunnel zu verunmöglichen, obwohl eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Transitverkehrs durch Heidelberg auch und gerade im regionalen Interesse wäre.

Ein weiterer unverständlicher Antrag: die Herausnahme der Erweiterungsmöglichkeiten für Gewerbeflächen am Autobahnkreuz. Stattdessen sollen diese nun Vorrangflächen für die Landwirtschaft werden. Damit sollen der Stadt Heidelberg bisher unstrittig angemeldete und in Einklang mit den Umwelt- und Klimaleitplänen der Region stehende Entwicklungspotenziale genommen werden. Dies ohne sich je mit den Flächen im speziellen beschäftigt zu haben oder hierüber mit Wirtschaftsförderung oder Kammern gesprochen zu haben. Nein, man hat beschlossen, dass Heidelberg nun zukünftig vorrangig landwirtschaftlich tätig werden soll.

Anstatt unsere Rolle als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort in der Region stärken zu wollen und ein Potenzial für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern versucht man, unnötig Entwicklungschancen für Heidelberg und die Region zu verhindern

Letztendlich stimmte der Gemeinderat dann doch mit knappster Mehrheit für die Beibehaltung der Gewerbeflächen.

Schülerfriedensbüro(SFB)

Zu dieser Frage gab es in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine lange Kontroverse und zum Schluss eine Verschiebung der Abstimmung auf die nächste Sitzung. Thema war die Zustimmung zu den jährlichen Mietkosten in Höhe von 10.000 Euro für die Räume im Dachgeschoss der Außenstelle des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums in der Luisenstraße. Man erwartete einen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des SFB. Als Vertreter des Kinder- und Jugendamts, das die Räume verwaltet, räumte Uli Nollek ein, dass er nicht wisse, wie groß die Gruppe sei und was sie gerade mache. Die von unserem Fraktionsmitglied Ernst Gund angesprochenen Direktoren der Heidelberger Gymnasien antworteten unisono, dass seit mehreren Jahren keine Schülerfriedensbeauftragten mehr gewählt wurden. Die in der Homepage des SFB vorgestellten Schülerinnen hätten alle das Abitur gemacht und befinden sich jetzt im Studium. Was tut sich also in den über 200 qm großen Räumen in der Luisenstraße? Die Stadtverwaltung hatte mehrfach schriftlich um Auskunft gebeten, ohne Antwort. Jetzt hat sie, wie Herr Lampert vom Schul- und Bildungsbüro berichtete, ein Einschreiben mit Rückschein an die zuständige Stelle gesandt.

Das SFB hat das Recht, seine Räume weiteren Jugendgruppen gelegentlich zur Verfügung zu stellen. Stadtratskollege Krczal hat aber zweimal vergeblich versucht, einen Raum für die Jusos zu mieten. Auch die Falken erfuhren eine Absage. Die Junge Union, die Schüler-Union und die Jungen Liberalen (Julis) würden ebenfalls gerne diese kostenlosen Räume ohne Verzehrzwang mitbenutzen. Dass ausgerechnet das SFB Jugendgruppen mit parteipolitischem Engagement ausschließt, obwohl diese Jugendlichen ebenfalls ehrenamtlich und für den Frieden arbeiten, ist uns unverständlich.

Der Direktor des KFG Dr. Alperowitz führte aus, dass seine Schule für die steigenden Aufgaben im Ganztagesbetrieb dringend weitere Räume benötige. Er könne sich eine Zusammenarbeit mit dem SFB und anderen Gruppen im Freizeitbereich des Dachgeschosses gut vorstellen. Der KFG-Hausmeister könnte die Räume mit betreuen, im Sekretariat würde eine Belegungsliste geführt. Diese Lösung wäre auf jeden Fall näher an dem ursprünglichen Beschluss zur Förderung des SFB. Zur Zeit sind anscheinend die Räume zeitweilig von studentischen Gruppen belegt wie: "Weitblick-Studenteninitiative Heidelberg, Allianz für Bildung, Rock Your Life, AIESEC u.a." Für diese Gruppen ist aber die Universität mit dem Studentenwerk zuständig. Wir sind auf den Bericht im nächsten Jugendhilfeausschuss gespannt.

CDU Fraktion befürwortet Sanierung der Erlenweghalle

Es ist nicht zu übersehen, dass die Erlenweghalle in die Jahre gekommen und recht sanierungsbedürftig ist.

Dass also nun eine Entscheidung getroffen werden muss ist somit nachvollziehbar.

Der Gemeinderat hat abzuwägen, was insgesamt dem städtischen Haushalt zuzumuten ist, aber auch, welche Lösung in diesem Fall für alle Beteiligten langfristig die günstigste sein wird.

Die TSG Rohrbach hat nun ein Konzept entwickelt, das nach Meinung der CDU-Fraktion diese Fragen beantwortet und zudem schlüssig ist. Es sieht den Abriss der maroden Halle vor und einen Neubau, der, auf dem neuesten Stand der Technik und Energetik, die verschiedensten Nutzungsmöglichkeiten ermöglichen wird. Dabei soll das Vereinsheim mit der neuen Halle verbunden werden, wodurch eine neue Foyer- und Gastronomiefläche entstehen wird.

Hierbei ist neu und einmalig, dass auf Grund von Zuschussrichtlinien des Sportbundes, die TSG nun formell Eigentümer des neuen Komplexes werden muss, die Stadt bleibt Eigentümerin des Grundstücks.

Die neue Sporthalle bietet für jede Generation und für die verschiedensten Sportarten umfassende Trainingsmöglichkeiten und kann auch von anderen Gruppen genutzt werden. Sie ist somit ein Gewinn nicht nur für die TSG. Die Belegungsrechte und die Möglichkeiten der Nutzung der Halle durch die IGH und andere Vereine sollen in einem gesonderten Vertragswerk zusammen mit einem Erbbaurechtsvertrag dinglich gesichert werden.

Verwundert nimmt die CDU Fraktion allerdings zur Kenntnis, dass die RNZ bereits vor der Sitzung des Sportausschusses Informationen aus dessen vertraulicher Beschlussvorlage veröffentlicht hat. Dies ist kein guter Stil, vor allem dann, wenn dort auch noch suggeriert wird, dass die Allgemeinheit die Kosten für eine Halle der TSG zu tragen habe. Die TSG beteiligt sich mit erheblichem Eigenanteil an den Erstellungs- und Betriebskosten der Halle und erbringt darüber hinaus viele Leistungen, vor allem für Kinder und Jugendliche, die andernfalls die Stadt Heidelberg teuer zu stehen kämen. Zudem liegt das Risiko für dieses Projekt bei der TSG, da der Zuschuss der Stadt Heidelberg gedeckelt ist.

Deshalb steht die CDU-Fraktion ganz klar zu der Vorlage. Die Unterstützung der Vereine ist uns ein stetes Anliegen, deshalb stehen wir zu unserer Entscheidung, dieses Projekt zu befürworten.

Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die Zurückverweisung der Vorlage durch die Grünen in den Sportausschuss. Hierin sieht die CDU-Fraktion eine unnötige Verzögerung, die sowohl die Gespräche der TSG mit den Banken hinauszögern, als auch eine schlechtere finanzielle Ausgangssituation infolge

inzwischen evtl. gestiegener Zinsen bewirken könnte. Von der unnötigen Verzögerung des Baubeginns ganz zu schweigen.

Gemeinderat beschließt Abschaffung der Jagdsteuer

In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat mehrheitlich die Abschaffung einer Steuer beschlossen, die ebenso ungerecht wie antiquiert ist.

Das jährliche Aufkommen der Jagdsteuer für die Kommune ist vergleichsweise gering, belastet aber die Jagdpächter neben Jagdpacht, Wildfütterung, Hegemaßnahmen und Wildschaden u.a. zusätzlich.

Es ist unübersehbar, dass die Jäger einen beachtlichen Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit beitragen.

Sie erfüllen so wichtige Aufgaben wie z.B.

- Natur- und Artenschutz,
- Schaffung und Erhalt wertvoller Biotope,
- Sicherung eines gesunden und artenreichen Wildbestandes
- Vermeidung bzw. Verminderung der Schäden in Land- und Forstwirtschaft
- Verbesserung der Lebensräume selten gewordener Wildarten
- Entsorgung von verendetem oder verunfalltem Wild

All dies erfordert ein hohes Maß an Fachkenntnis und großes persönliches Engagement.

Leistungen, die andernfalls von den Behörden erbracht werden müssten und die mit erheblichen Kosten verbunden wären.

Unverständlicherweise wehrt sich die grün-rote Landesregierung auch weiterhin gegen die landesweite Abschaffung der Jagdsteuer durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, dass dies möglich ist und in diesem Jahr ein entsprechendes Gesetz erlassen.

Neues aus dem Gemeinderat

In Baden-Württemberg haben sich bereits 33 von 44 Stadt- und Landkreisen ebenfalls entschlossen, auf die Jagdsteuer zu verzichten.

Deshalb begrüßen wir es sehr, dass Heidelberg nun auch diesen Schritt geht und die Leistungen der Jäger honoriert, indem sie die längst überflüssig gewordene Jagdsteuer zum neuen Jagdjahr 2013/14 nun abschaffen wird.

Einladung zu Haushaltsberatungen der CDU-Gemeinderatsfraktion Heidelberg

Die Haushaltsberatungen für die Stadt Heidelberg stehen nun an.

Um einen Überblick über die Wünsche und Anregungen der Bezirksbeiräte zu bekommen, lädt die CDU-Handschuhsheim mit der CDU-Gemeinderatsfraktion alle Bezirksbeirätinnen und –beiräte der CDU sowie die Mitglieder der KPV am Montag, **26. November 19.30 Uhr in die Ritterstube in der Tiefburg** zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Anmeldung erforderlich unter 06221 163972 oder info@cdu-fraktion-hd.de

Kommunalwahlprogramm 2014

Die Arbeiten zur Erstellung des Kommunalwahlprogramms für 2016 laufen nun an. Alle CDU-Mitglieder sind aufgerufen, sich hier mit Ideen und Anregungen einzubringen.

Wer aktiv an der Erstellung des Programms teilnehmen möchte, ist hierzu herzlich eingeladen. Bitte wenden Sie sich in diesem Fall an Herrn Stadtrat Martin Ehrbar.

Unsere Gemeinderäte stehen Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Nachstehend finden Sie Ihre/n Ansprechpartner/in für die einzelnen Stadtteile:

Impressum: CDU Gemeinderatsfraktion Heidelberg
Rohrbacher Straße 57 69115 Heidelberg
V.i.S.D.d.P.: Dr. Jan Gradel
Fraktionsvorsitzender



- **Dr. Jan Gradel** Vorsitzender der CDU Gemeinderatsfraktion
Ansprechpartner für Ziegelhausen, Bergheim, Weststadt/Südstadt, Neuenheim und Schlierbach
dr.gradel@cdu-fraktion-hd.de
- **Werner Pfisterer MdL a. D.** 1.stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ansprechpartner für Rohrbach und Kirchheim
werner@pfisterer.net
- **Kristina Essig**
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Ansprechpartnerin für Weststadt/Südstadt, Bergheim
essig@cdu-fraktion-hd.de
- **Ernst Gund**
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ansprechpartner für Neuenheim und Wieblingen
gund@cdu-fraktion-hd.de
- **Thomas Barth** Stadtrat
Ansprechpartner für Altstadt, Pfaffengrund und Rohrbach
barth@cdu-fraktion-hd.de
- **Margret Dotter** Stadträtin
Ansprechpartnerin für Handschuhsheim, Boxberg und Emmertsgrund
dotter@cdu-fraktion-hd.de
- **Martin Ehrbar** Stadtrat
Ansprechpartner für Kirchheim, Boxberg, Emmertsgrund und Pfaffengrund
ehrbar@cdu-fraktion-hd.de
- **Alfred Jakob** Stadtrat
Ansprechpartner für Handschuhsheim und Schlierbach
jakob@cdu-fraktion-hd.de
- **Otto Wickenhäuser** Stadtrat
Ansprechpartner für Wieblingen und Altstadt
wickenhaeuser@cdu-fraktion-hd.de